



FRIEDRICH NAUMANN  
STIFTUNG Für die Freiheit.

# TÜRKEI BULLETTIN 11-2020

# IMPRESSUM

## Herausgeber

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit  
Projektbüro Türkei  
Cumhuriyet Cad. No 107 D 2  
Elmadağ-Istanbul 34473  
Türkei

/fnst-turkey.org

## Verfasser

Laura Kunzendorf  
Dr. Ronald Meinardus (RM)

## Redaktion

Dr. Ronald Meinardus

## Stand

Juni 2020

## Hinweis zur Nutzung dieser Publikation

Diese Publikation ist ein Informationsangebot der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Die Publikation ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht von Parteien oder von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden (Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament).

## Kontakt

Für Hinweise und Anregungen erreichen Sie die Redaktion unter [turkey@fnst.org](mailto:turkey@fnst.org).



# TÜRKEI BULLETIN 11/20

Berichtszeitraum: 3. Juni – 21. Juni 2020

**Inhalt: „Merkels Corona-Betrug“ – Aufregung über deutsche Reisewarnung im Lichte steigender Infektionszahlen. „Libyen ist das Top-Thema“ – Ankaras Außenpolitik nach Corona-Flaute auf Hochtouren. „Demokratiemarsch gegen den Putsch“ – Die HDP bringt ihren Protest auf die Straße. Schlachtfeld Twitter – Der Kurznachrichtendienst geht gegen AKP-nahe „Trolle“ vor. „Unsere Schwarzen sind glücklich“ - Eine Mehrheit der Bevölkerung glaubt, es gibt keinen Rassismus in der Türkei. „Note Fünf“ – Gewerkschaftsbund stellt der Türkei ein miserables Zeugnis bei Arbeitnehmerrechten aus.**

## „Merkels Corona-Betrug“ – Aufregung über deutsche Reisewarnung im Lichte steigender Infektionszahlen

Seit Anfang Juni schreitet die Rückkehr zum normalen Leben in der Türkei mit schnellen Schritten voran: Restaurants, Cafés und Fitnessstudios haben geöffnet, die Airlines fliegen nationale und internationale Ziele an, selbst in den Hamams kann man sich wieder einseifen lassen.

Ein wichtiges Ziel der türkischen Regierung ist die Wiederbelebung des Tourismus. Entsprechend frustriert ist Ankara über die weiterhin bestehende Reisewarnung Berlins in Bezug auf die Türkei. Deutsche, die in die Türkei reisen, müssen bei ihrer Rückkehr mit Quarantäne rechnen – keine attraktive Aussicht für potenzielle Türkei-Touristen. Damit hat das Land einen zentralen Wettbewerbsvorteil gegenüber europäischen Konkurrenten verloren.

Die regierungsnahen Zeitung *Yeniçağ* brachte die Enttäuschung vieler Türken in ihrer Schlagzeile auf den Punkt: „Sie hat es Erdoğan versprochen und ihr Wort nicht gehalten: Merkels Corona-Betrug“.

Die türkische Botschaft in Berlin teilte die offizielle Haltung: „Die Türkei verdient eine solche Klassifizierung nicht.“ Das Land verzeichne weniger Todesfälle als Deutschland und habe weit weniger

unter der Pandemie gelitten als einige EU-Staaten. Telefonisch forderte Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu seinen deutschen Amtskollegen Heiko Maas auf, Gesundheitsexperten in die Türkei zu schicken, um sich vor Ort ein Bild zu machen.

Die zügig vorangetriebene Normalisierung ist auch hier nicht ohne Risiko: Mitte Juni stieg die Zahl der täglichen Neuinfektionen auf zeitweise 1.500 an, Ende Mai lag sie bei unter 1.000. Zur Beruhigung der Gemüter erklärte Gesundheitsminister Fahrettin Koca, die Schwankungen seien angesichts der Lockerungen „keine Überraschung“. Das Virus sei unter Kontrolle und „Land ist in Sicht“, so der Minister. Die Todesrate von Patienten, die künstlich beatmet werden, sei von 67% auf 4% gefallen. Auch die Zahl der COVID-19 Patienten in Intensivbehandlung sei laut den Daten des Gesundheitsministeriums „extrem“ gesunken.

Gleichwohl räumte der Minister ein, dass der Anstieg „mehr ist als wir erwartet hatten“. Deutliche Kritik kam von der türkischen Ärztekammer *TTB*, die von „alarmierenden“ Zahlen sprach. Mit derartigen Äußerungen muss der Berufsverband vorsichtig sein: Die Justiz hat bereits gegen mehrere Ärzte und Vertreter der Ärztekammer Untersuchungen eingeleitet. Den Ärzten, die in sozialen Medien das Krisenmanagement der Regierung kritisiert haben, wirft sie vor, „Panik und Angst“ zu schüren.

Die Regierung hat landesweit derweil über 150.000 Stichprobentests angeordnet, um Klarheit zu bekommen, wie weit das Virus in der Bevölkerung verbreitet ist. Laut den bisherigen Ergebnissen haben sich weniger als 1,5% der Bevölkerung Virus infiziert – eine Herdenimmunität ist demnach nicht in Sicht.

Angesichts der weiterhin angespannten Lage wurde in 50 der 81 Provinzen eine Maskenpflicht angeordnet, die ausdrücklich auch im Freien gilt.

Im Lichte der steigenden Infektionszahlen mussten am 20. Juni rund 1,9 Millionen Schüler Aufnahmeprüfungen für die Oberschule schreiben. Ärzte, Schüler und Eltern kritisierten, der Zeitpunkt

der Tests setze die Schüler enormen psychologischen Stress aus. Er erhöhe auch die Infektionsgefahr von Millionen, denn die Schüler könnten sich selbst und ihre Familien anstecken. Am 27. und 28. Juni sollen die Aufnahmeprüfungen für die Universitäten stattfinden. Auch hierzu gibt es erhebliche Kritik in der Öffentlichkeit. Um das Infektionsrisiko zu mindern, verhängte die Regierung für alle bis auf die Prüflinge Ausgangssperren an den Prüfungstagen.

Beunruhigende Berichte kommen schließlich aus den Haftanstalten: Die Generaldirektion der Gefängnisse meldet 72 aktive Corona-Infektionen, sechs Gefangene seien an dem Virus gestorben. 374 Häftlinge hatten sich mit dem Virus angesteckt und seien mittlerweile geheilt. Im Parlament kritisierte der CHP-Abgeordnete İrfan Kapla, dass fehlendes Tageslicht, schlechte Lüftungssysteme, Menschenansammlungen in Speisesälen sowie unausgewogene Ernährung die Gefahr für die Gefangenen erhöhe.

### „Libyen ist das Top-Thema“ – Ankaras Außenpolitik nach Corona-Flaute auf Hochtouren

(RM) Politische Beobachter haben in diesen Tagen Mühe Schritt zu halten. Nach einer Corona-bedingten Flaute arbeitet die türkische Diplomatie auf Hochtouren. Der Fokus der Außenpolitik Ankaras hat sich dabei von Syrien nach Nordafrika und das östliche Mittelmeer verschoben: „Libyen ist das Topthema auf der außenpolitischen Agenda der Türkei“, schreibt Burhanettin Duran in der regierungsnahen *Daily Sabah* – und Ankara sei dort der „dominante Akteur“.

Wenn da nicht Russland wäre, sollte man vollständigkeitshalber ergänzen. Moskau und Ankara verbindet die Bereitschaft, militärische Macht einzusetzen, wenn es um die Sicherung des eigenen Einflusses geht. Das wird nicht zuletzt in Syrien sichtbar. Und das Schema wiederholt sich jetzt in Libyen.

Dank massivem militärischen Beistand der Türkei hat die von den Vereinten Nationen anerkannte libyschen Einheitsregierung in Tripolis, die Verbände des ostlibyschen Militärführers Khalifa Haftar zurückgedrängt und eine erfolgreiche Gegenoffensive gestartet. Einen Tag nach der Rückeroberung des Flughafens von Tripolis reiste Regierungschef Fayez Al-Sarraj Anfang Juni zum Rapport nach Ankara. „Die Türkei und Libyen werden

ihre bilateralen Beziehungen in vielen Bereichen, einschließlich des östlichen Mittelmeers, ausbauen“, sagte Präsident Erdoğan.

Nicht nur auf den libyschen Schlachtfeldern wird gekämpft. Auch in der internationalen Diplomatie findet vielerorts ein politisches Ringen über die Zukunft Libyens statt. Einmal mehr stehen Russland und die Türkei im Mittelpunkt. Zunächst war geplant, dass der russische Außenminister und Verteidigungsminister Anfang letzter Woche in die Türkei kommen, um über Libyen zu verhandeln. Die Reise wurde kurzfristig abgesagt. Wenig später besuchte Ankaras Außenminister Mesut Cavusoglu zusammen mit dem Wirtschaftsminister und dem Geheimdienstchef Libyen. „Ein sehr wichtiger Besuch“ titelte die *Daily Sabah*, bei dem die Rolle türkischer Unternehmen beim Wiederaufbau des vom Bürgerkrieg verwüsteten Landes ein Thema war. Auch Ankaras Streben nach einer dauerhaften Militär-Präsenz stand auf dem Programm: Neben einem Luftwaffenstützpunkt gehe es um eine Marinebasis in Misrata, heißt es in Medienberichten.

Außenpolitische Experten diskutieren derweilen über Szenarien eines russisch-türkischen Kondominiums in Libyen, im Klartext: eine Teilung des Landes in eine türkische Einflusszone im Westen und ein russisches Einflussgebiet im Osten. „Das Risiko einer de facto-Zweiteilung ist real“, sagt Dario Cristiani, Mittelmeerexperte beim *German Marshall Fund* (GMF). Der Analyst verweist auf einen „kompletten Zusammenbruch der europäischen Möglichkeiten, auf dem Boden Einfluss auszuüben“. Allein die Franzosen setzen dagegen. Der französische Außenminister Jean-Yves Le Drian nannte die türkische Vorwärtsstrategie „eine Gefahr für uns und ein nicht akzeptables strategisches Risiko“. Frankreich will die türkische Libyen-Politik in der NATO zum Thema machen. Die türkische Regierung zeigt derweil wenig Bereitschaft, die auf dem Schlachtfeld errungene Vorherrschaft zur Disposition zu stellen: „Wir stehen erst am Anfang des Kampfes um das östliche Mittelmeer und Libyen“, schreibt Burhanettin Duran, dessen Meinungsbeiträge oft die Denkweise im türkischen Machtzentrum wiedergeben.

### „Demokratiemarsch gegen den Putsch“ – Die HDP bringt ihren Protest auf die Straße

Die zweitgrößte Oppositionspartei HDP („Demokratische Partei der Völker“) wirft der Regierung einen „Putsch“ gegen den Volkswillen vor. Anfang Juni hatte ein Berufungsgericht die Urteile gegen zwei Abgeordnete ihrer Partei und einen

Abgeordneten der CHP („Republikanische Volkspartei“) bestätigt. Die Abgeordneten verloren daraufhin ihr Parlamentsmandat und wurden verhaftet.

Die HDP-Abgeordnete Leyla Güven und ihr Kollege Musa Farisoğulları müssen für die ihnen angelastete Mitgliedschaft in der Terrororganisation PKK („Arbeiterpartei Kurdistans“) ins Gefängnis. Dem CHP-Abgeordneten Enis Berberoğlu warf der Staatsanwalt Spionage vor, dafür muss er sechs Jahre Haft absitzen. Er soll Geheimdienst-Informationen, die angeblich Waffentransporte nach Syrien zeigen, an Can Dündar, den ehemaligen *Cumhuriyet*-Chefredakteur, weitergegeben haben.

In der Vergangenheit haben Menschenrechtsorganisationen, darunter *Amnesty International*, *Human Rights Watch* und die türkische Menschenrechtsvereinigung *IHD* mehrfach kritisiert, dass Terrorvorwürfe instrumentalisiert werden, um Oppositionspolitiker, Menschenrechtsaktivisten und Journalisten zum Schweigen zu bringen.

Die Verhaftung der Parlamentarier ist nur eine von vielen Zwangsmaßnahmen gegen die Partei – und hat eine Vorgeschichte: Im März 2019 war die HDP in 65 Gemeinden als Siegerin aus den Kommunalwahlen hervorgegangen. Seither geht die Regierung mit harter Hand gegen die Partei vor, ersetzt fast monatlich HDP-Bürgermeister durch staatliche Verwalter – so auch jetzt im Juni. Bislang hat die Regierung 45 demokratisch gewählte Bürgermeister ihrer Ämter enthoben, sechs weitere durften ihr Mandat gar nicht erst antreten. 21 Bürgermeister sitzen wegen Terrorvorwürfen hinter Gittern.

Präsident Erdoğan versuche, eine Radikalisierung der HDP zu provozieren, um auf diese Weise die brüchige Allianz mit anderen Oppositionsparteien zu zerstören, meint die Kolumnistin Amberin Zaman im Analyseportal *al-Monitor*. Bei den Kommunalwahlen von 2019 war die CHP in Istanbul und Ankara unter anderem auf Stimmen von HDP-Wählern angewiesen. „Je radikaler die HDP wird, desto schwieriger ist es für die Mainstream-Oppositionsparteien, die Zusammenarbeit zu rechtfertigen. Darauf setzt Erdoğan“, schlussfolgert die Journalistin.

Die HDP-Ko-Vorsitzende Pervin Buldan ist empört: „Die AKP betreibt einen politischen Putsch. Sie nimmt den Volkswillen gefangen.“ Als Reaktion hat die Partei ein „demokratisches Kampfprogramm“ für Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und

Gerechtigkeit veröffentlicht.

Teil des Programms ist der „Demokratiemarsch gegen den Putsch“. Am 15. Juni starteten zwei Gruppen jeweils am westlichen und südöstlichen Ende der Türkei und begegneten sich wenige Tage später zu einer Abschlusskundgebung in der Hauptstadt Ankara.

„Mit dem Marsch wollten wir den wachsenden Widerstand gegen die Herrschaft, die der Gesellschaft keine Luft zum Atmen lässt und jeden Andersdenkenden zum Schweigen bringt, auf die Straße bringen. Es reicht!“, so Pervin Buldan in ihrer Rede.

Die Regierung sieht die Mobilisierung als Provokation. Präsident Erdoğan's Bündnispartner, der Vorsitzende der ultranationalistischen MHP, Devlet Bahçeli, warnte vor einem „Spiel mit dem Feuer“: „Alle, die versuchen den inneren Frieden zu sabotieren, werden die Behandlung erhalten, die sie verdienen.“

Die Behörden legten den Demonstranten zahlreiche Steine in den Weg: Die Polizei verhaftete mehrere Teilnehmer und riegelte auf der Route des Marsches Ein- und Ausfahrten in mehrere Städte ab. Der Gouverneur von Istanbul verbot sämtliche Demonstrationen, was die HDP nicht davon abhielt, kleinere Kundgebungen abzuhalten.

Der „Demokratiemarsch“ erinnert an den „Gerechtigkeitsmarsch“, den die CHP 2017 organisierte. Der größten Oppositionspartei ging es seinerzeit darum, ein Zeichen gegen die „Repressalien der Regierung“ nach dem Putschversuch von 2016 zu setzen. Damals legte der Vorsitzende Kemal Kılıçdaroğlu den weiten Weg von Ankara nach Istanbul zu Fuß zurück.

Anders als der öffentlichkeitswirksame Marsch der CHP vor drei Jahren, war die HDP weitgehend auf sich allein gestellt. Die Corona-Pandemie verhinderte größere Menschenansammlungen, die Medienresonanz war vergleichsweise gering und Solidaritätsbekundungen anderer großer Parteien blieben aus.

### Schlachtfeld Twitter – Der Kurznachrichtendienst geht gegen AKP-nahe „Trolle“ vor

Am 12. Juni gab der Kurznachrichtendienst *Twitter* die Löschung von 7.340 türkische Nutzerkonten

bekannt. Die gelöschten Konten seien Teil eines organisierten Netzwerks für Regierungspropaganda, so die Erklärung für den Eingriff.

Nach Twitter-Informationen stand ein Teil der Konten mit der Jugendorganisation der AKP in Verbindung. Andere Konten, die ursprünglich Regierungskritikern gehörten, seien wiederholt zur „Zielscheibe von Hacking und Übernahmeversuchen durch die genannten staatlichen Akteure“ geworden.

Twitter hatte seine Datensätze mit dem *Stanford Internet Observatory* (SIO) geteilt. Dessen Nachforschungen ergaben, das Netzwerk habe rund 37 Millionen Tweets abgesetzt. Dabei sei es überwiegend um „AKP-Cheerleading“, also Jubelgesänge für die AKP – gegangen. So bewarben die „Tweets“ das Verfassungsreferendum zur Einführung des Präsidialsystems von 2017, die Militäroperationen in Syrien und die Flüchtlingspolitik der Regierung. Die Oppositionsparteien überzogen die Trolle hingegen mit Kritik – insbesondere in Wahlkampfzeiten.

Zahlreiche Konten tauchten unter ähnlichen Namen auf und verbreiteten dieselben Hashtags. Um ihre Reichweite auszubauen, „retweeteten“ sie die gleichen Inhalte. Die SIO-Wissenschaftler kommen zu dem Schluss, es handle sich um ein „zentralisiertes pro-AKP Retweet-Netzwerk“ mit politischen Absichten. Im Schnitt erreichten die Fake-Konten rund 4.200 Follower.

Der Propagandakrieg über Twitter ist nicht neu: Der Journalist Emre Kızılkaya von der Medienplattform *Journo* sagt, die AKP habe die sozialen Medien schon immer als einen Bereich betrachtet, den es zu „erobern“ und „in Ordnung zu bringen“ gilt. Nach den Gezi-Protessen 2013 heuerte die AKP rund 6.000 Mitarbeiter an, um Regierungskritik in den sozialen Medien offensiv zu bekämpfen. Dabei habe sie Journalisten, Oppositionspolitiker und Regierungskritiker schikaniert, so der SIO-Bericht.

Die Regierung wies die Vorwürfe, es habe Fake-Konten für Regierungspropaganda genutzt, entschieden zurück. „Dieser willkürliche Vorgang zeigt wieder ein Mal, dass Twitter kein bloßes Medienunternehmen, sondern eine Propagandamaschine ist“, sagte Fahrettin Altun, der Kommunikationsdirektor des Präsidenten. Mit drohendem Unterton erinnerte er an das Schicksal von Unternehmen wie *YouTube* und *Wikipedia*, die von der Regierung für längere Zeiträume gesperrt wurden.

Ein kürzlich veröffentlichter Bericht des *Center for American Progress* (CAP) kommt zu dem Schluss, dass die Versuche der Regierung, die traditionellen Medien zu kontrollieren, immer mehr ins Leere laufen. Die Bürger wenden sich auf der Suche nach unabhängigen Quellen zunehmend Internetplattformen zu.

Daher konzentriert sich die AKP nun verstärkt auf ihren Online-Einfluss. Im Mai hat sie einen Gesetzesentwurf vorbereitet, der es der Regierung ermöglichen würde, Kontrolle über Internetriesen wie Twitter, WhatsApp und Facebook zu erhalten. Das Gesetz würde die Firmen dazu verpflichten, einen Repräsentanten in der Türkei einzustellen, der für Regierungsanfragen zur Verfügung steht. Nach lautstarker Kritik hat die AKP den Gesetzesentwurf zurückgezogen. Jura-Professor Yaman Akdeniz von der Istanbuler *Bilgi-Universität* ist sich sicher, dies ist nur ein befristeter Rückzieher: „Das Gesetz wird wie ein Zombie erneut zum Leben erweckt werden.“

### „Unsere Schwarzen sind glücklich“ – Eine Mehrheit der Bevölkerung glaubt, es gibt keinen Rassismus in der Türkei

Im Zuge des gewaltsamen Todes von George Floyd haben zahlreiche Politiker den Rassismus in den USA verurteilt. Präsident Erdoğan kritisierte den „rassistischen und faschistischen“ Ansatz, der zum Tod von George Floyd geführt habe. Aus der Zivilgesellschaft gab es ungezählte Anti-Rassismus-Bekundungen. Die drei traditionsreichen Fußballclubs in Istanbul – Beşiktaş, Fenerbahçe und Galatasaray – veröffentlichten Statements gegen den Rassismus. Derweil ergab eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts *Istanbul Ekonomi Araştırma*, dass drei von vier Bürgern die Anti-Rassismus-Proteste in den USA unterstützen.

Regierungsnahe Medien stellen die Türkei als Musterbeispiel für Inklusion dar. Der staatliche Sender *TRT World* veröffentlichte einen Artikel, in dem die türkische Botschaft in Washington D.C. in den 1930er Jahren als Vorkämpferin für die Rechte von Schwarzen angepriesen wird: So habe die Botschaft regelmäßig afro-amerikanischen Jazzmusikern eine Bühne geboten.

Türkische Politiker verurteilen regelmäßig Fremdenfeindlichkeit in Europa. „Die Türkei hat wiederholt vor einer steigenden Flut von Hassideologien in Europa gewarnt, insbesondere vor Islamophobie, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“, schreibt die staatliche

Nachrichtenagentur *Anadolu Ajansı*.

Es ist auffällig, dass die Öffentlichkeit Rassismus als ein ausländisches Konzept diskutiert, das die Türkei nicht betrifft. Während weltweit Menschen gegen Rassismus demonstrieren, blieben die türkischen Straßen weitgehend leer. Es kam lediglich zu kleinen Demonstrationen in Istanbul, unter anderem vor dem Generalkonsulat der USA.

Eine große Mehrheit der Bevölkerung – 65% – ist laut der Umfrage von *Istanbul Ekonomi Araştırma* der Meinung, es gebe keinen Rassismus in der Türkei. Knapp 60% der Befragten denken, in der Türkei könne es nicht wie in den USA dazu kommen, dass ein Bürger durch Polizeigewalt ums Leben kommt. Kritiker verweisen zum Beleg des Gegenteils etwa auf die Gezi-Proteste von 2013, die mehrere Tote und viele Verletzte forderten. 2007 starb der nigerianische Geflüchtete Festus Okey im Polizeigewahrsam in Istanbul, nachdem sich ein Schuss löste. Der Polizist Cengiz Yıldız wurde für den Straftatbestand der fahrlässigen Tötung zu einer Gefängnisstrafe verurteilt.

Zur Untermauerung der beschönigenden Perspektive hat die Zeitung *Hürriyet* Schwarze Menschen befragt, ob sie in der Türkei Rassismus erleben würden. Die meisten Befragten hätten geantwortet „Die Türken lieben uns. Wir erleben nur manchmal kleinere rassistische Übergriffe“. Daraufhin zog das Blatt den Schluss: „Unsere Schwarzen sind glücklich.“

Das Problem reiche tiefer als zum Abstreifen jeglichen Rassismus. Die staatliche Identitätsideologie propagiere den sunnitischen Islam und eine türkische Herkunft, erklärt der Menschenrechtsanwalt Eren Keskin. „Die Menschen haben diese Denkweise verinnerlicht. Dadurch wurde Rassismus normal.“ Zahlreiche Minderheiten, beispielsweise Kurden, Aleviten oder Armenier passen nicht in diese Definition des Türkentums.

Zahlreiche Berichte, unter anderem der *Hrant Dink Foundation*, dokumentieren, dass Minderheiten in der Türkei bis heute zahlreiche Diskriminierungen, darunter Hassrede und Gewalt, erleben. Ende Mai töteten drei Männer einen jungen Mann, weil er kurdische Musik gehört hatte – die Gesellschaft blieb still. Kurden machen rund 20% der türkischen Gesellschaft aus. Trotz allem ist Kurdisch keine Amtssprache, auch in kurdischen Regionen findet Schulunterricht auf Türkisch statt und kurdische Ortsnamen wurden durch Türkische ersetzt.

In der Türkei gibt es einen „neuen Rassismus“,

schlussfolgert die armenische Zeitung *Agos*. Und zwar einen, der sich an kulturellen Unterschieden orientiert.

### „Note Fünf“ – Gewerkschaftsbund stellt der Türkei ein miserables Zeugnis bei Arbeitnehmerrechten aus

Laut dem „Global Rights Index“ des *Internationalen Gewerkschaftsbundes* (IGB) gehört die Türkei zu den zehn Ländern, in denen die Arbeitnehmerrechte am stärksten eingeschränkt werden. Die Türkei erscheint in dieser Negativliste zusammen mit Bangladesch, Brasilien, Kolumbien, Ägypten, Honduras, Indien, Kasachstan, den Philippinen und Simbabwe.

Im Ranking von 1 bis 5 erhält die Türkei die Note 5. Diese Wertung bedeutet, es gibt „keine Garantie der Rechte“ für Arbeitnehmer. Zum Beleg verweist der Bericht des Gewerkschaftsverbundes auf unrechtmäßige Entlassungen, Diskriminierungen am Arbeitsplatz sowie die Verhaftung und Verfolgung von Gewerkschaftsfunktionären. Erschwerend sei eine teilweise „extreme“ Einschränkung der Meinungsfreiheit.

Seit dem gescheiterten Putschversuch vom Juli 2016 schränke die Regierung die Rechte von Arbeitnehmern vermehrt ein und gehe gegen Gewerkschaften vor, heißt es in dem Bericht. Yılmaz Yılancı von *Eğitim-Şen* (Gewerkschaft für Bildungs- und Wissenschaftsmitarbeiter) berichtet, seine Gewerkschaft habe seit 2016 rund 30.000 – knapp ein Drittel – der Mitglieder verloren. Im Zuge des Putschversuches ist es zu zahlreichen „Säuberungen“ im öffentlichen Sektor gekommen, betroffen waren und sind auch zahlreiche Gewerkschaftsmitglieder.

So verhaftete die Polizei im März 2020 Arzu Çerkezoğlu, die Vorsitzende der links-gerichteten Gewerkschaft DİSK, wegen kritischer Bemerkungen über die AKP. Ein Gericht sprach Çerkezoğlu frei. Wenige Tage nach der Verhaftung von Çerkezoğlu führte die Polizei eine Razzia im Haus von DİSK-Kommunikationsdirektor Umar Karatep durch und verhaftete ihn wegen kritischer Posts in sozialen Medien.

Für Arbeitnehmer, die sich in Gewerkschaften organisieren oder einer Gewerkschaft beitreten möchten, bestünde ein „Klima der Angst“ vor einer Entlassung, bemängelt der Bericht. „Arbeiter werden gefeuert, wenn sie einer Gewerkschaft beitreten.“

Einige werden durch ihre Arbeitgeber bedroht oder und sind gezwungen, ihre Gewerkschaft zu verlassen oder einer regierungsnahen Gewerkschaft beizutreten, wenn sie von einem Tarifvertrag profitieren möchten“, so die Expertin für Arbeitsrecht Işıl Erdinç.

Im November 2019 entließ die größte Tageszeitung der Türkei, *Hürriyet*, 45 Mitarbeiter, bis auf zwei waren alle Mitglieder der Journalistengewerkschaft TGS. Die Vermutung wurde laut, die Entlassung stehe mit dem hohen Organisationsgrad der Journalisten in Zusammenhang. „Einige der Kollegen haben ihr halbes Leben bei *Hürriyet* verbracht und sie wurden gefeuert, weil sie Mitglieder unserer Gewerkschaft sind“, sagte TGS-Präsident Gökhan Durmuş. Vor der Kündigungswelle war die Gewerkschaft kurz davor, das nötige Quorum zu erreichen, um Tarifverhandlungen durchzusetzen.

„Die Türkei ist eines der feindlichsten Länder weltweit für Gewerkschaften.“, so das vernichtende Urteil des IGB.



